

Diskriminierung. Die Regierung habe zu wenig zum Schutz der Community in Österreich getan.

LGBTIQ-Rechte: Neos kritisieren Bundesregierung

Wien. Am Freitag war Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie („Idahobit“). Den 17. Mai nutzen Aktivist*innen, Zivilgesellschaft sowie politische Parteien, um auf (fehlende) Rechte der LGBTIQ-Community aufmerksam zu machen. In Wien organisierte die Homosexuelle Initiative einen Demozug entlang der Mariahilfer Straße. Die Neos kritisieren indes die Regierung, zu wenig zum Schutz der Community getan zu haben.

Nach wie vor gibt es kein Verbot von sogenannten „Konversionstherapien“ - also Behandlungen, die darauf abzielen, queere Menschen, zumeist Jugendliche, „umzupolen“ -, obwohl Justizministerin Alma Zadić (Grüne) dies mehrfach angekündigt hat. Vor allem vom kleinen Koalitionspartner ist der pinke LGBTIQ-Sprecher enttäuscht: „Die Grünen sollten eigentlich wissen,

dass diese pseudowissenschaftlichen ‚Therapien‘ eine krankhafte Praxis sind, die längst abgeschafft gehört. Die sexuelle Orientierung ist keine Krankheit, es gibt hier nichts zu heilen. Die Einzigen, die krank sind, sind jene religiösen Fundamentalisten, die mit diesen widerwärtigen ‚Therapien‘ vergeblich versuchen, Kinder und Jugendliche umzupolen“, sagt Yannick Shetty.

Demo vom Westbahnhof

Unter dem Motto #queersagainstfascism organisiert die Homosexuelle Initiative am Abend des „Idahobit“ noch eine Demo vom Westbahnhof zum Platz der Menschenrechte. Reden von Politikern der SPÖ, Neos und den Grünen sowie auch von Aktivist*innen verschiedener NGOs wie Queerbase standen genauso auf dem Programm wie Drag-Performances. (APA)